



Darmstadt, 29. August 2008

Pressemitteilung

30. August: Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebungshaft Ausreisepflichtige nicht inhaftieren!

Der Interkulturelle Rat in Deutschland kritisiert anlässlich des Bundesweiten Aktionstags gegen Abschiebungen am 30. August, dass in Deutschland Schutzsuchende schon während ihres Asylverfahrens inhaftiert und Minderjährige in Abschiebungshaft genommen werden. Ausreisepflichtige werden unverhältnismäßig oft und unverhältnismäßig lange gefangen gehalten.

Mit der Zustimmung zur sogenannten *Rückführungsrichtlinie* hat das Europäische Parlament im Juni 2008 das rigide deutsche Modell einer bis zu 18 Monate andauernden Inhaftierung von Ausreisepflichtigen zum europaweiten Standard gemacht. Darum hatte sich die Bundesregierung in den Verhandlungen intensiv bemüht. Für viele Abschiebebehäftlinge in anderen europäischen Ländern verschlechtert sich so ihre rechtliche Situation. Außerdem lässt die Richtlinie es zu, dass ausreisepflichtige minderjährige Flüchtlinge weiterhin in Abschiebungshaft genommen werden.

Abschiebungshaft ist ein starker Eingriff in die Freiheitsrechte von Menschen, deren einziges „Vergehen“ darin besteht, nicht freiwillig in die Länder zurückkehren zu wollen, aus denen sie vor Verfolgung, Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit geflohen sind. Mit Abschiebehaft verbunden ist u.a.:

- die gesellschaftliche Stigmatisierung als kriminell;
- die Einschränkung der medizinischen Versorgung;
- kein Recht auf Hafturlaub, Arbeit oder Bildung;
- die Retraumatisierung von Menschen, die vor Verfolgung geflohen sind.

Der Interkulturelle Rat lehnt die Inhaftierung von Menschen ausschließlich zur Sicherung der vorgesehenen Abschiebung deshalb grundsätzlich als unverhältnismäßig ab. Er fordert den Gesetzgeber dazu auf, endlich einen menschenrechtskonformen und verhältnismäßigen Umgang mit ausreisepflichtigen Personen zu etablieren. Die überlange Abschiebungshaftdauer sowie die Praxis der Inhaftierung von Minderjährigen, Traumatisierten und von Personen, deren Asylverfahren nicht entschieden ist, lassen sich mit dem Menschenrecht auf Freiheit und mit internationalen Konventionen und Verträgen nicht in Einklang bringen.

Der Interkulturelle Rat hat eine Übersicht über aktuelle Kleine und Große Anfragen in den Länderparlamenten zusammengestellt, die den Abschiebehaftvollzug in den Bundesländern betreffen. Sie findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer

Zum Hintergrund: Für vier Flüchtlinge und Migranten - Kemal Altun, Kola Bankole, Rachid Sbaai und Altankhou Dagwasoundel – markiert der 30. August das tragische Ende der Suche nach Schutz in Deutschland. Sie starben in der Abschiebungshaft oder kamen während eines Abschiebungsversuchs ums Leben. In vielen Städten wird von Initiativgruppen und anderen Organisationen gegen Abschiebungshaft zu einem dezentralen Aktions-TAG OHNE ABSCHIEBUNGEN aufgerufen (<http://abschiebefrei.blogspot.de>).